Beilage zu Nr. 26 der Graphischen Presse.

Nr. 26. 29. Juni 1900. 13. Jahrg.

Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien.

Am 25. Mai tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung der Lithographen, Steindr. und Berufsgen., in der Reichstagsabgeordneter August Bebel über obengenanntes Thema sprach.* Der große Saal war bis auf die Gallerien voll besetzt. Es waren auch Leute aus anderen Berufen und aus Bürgerkreisen anwesend. Der hochinteressante, lehrreiche, in volkstümlicher Weise gehaltene und daher leicht verständliche Vortrag, währte ungefähr 1½ Stunde und wurde oft von lebhaftem Beifall unterbrochen. Redner führte ungefähr folgendes aus:

Das Thema hat in letzterer Zeit in steigendem Maße das Interesse aller Parteien beschäftigt; die Frage, ob die Gewerkschaften Politik treiben sollen oder nicht, ob sie zu keiner Partei gehören sollen, oder welche Stellung sie dazu einzunehmen hätten, ist nicht überflüssig. Redner schilderte zunächst die Bewegung in den 40er Jahren. Wie dann nach den Reaktionsjahren in den 60er Jahren die politische Bewegung ins Leben trat, beteiligten sich auch die Arbeiter daran. Es waren mehr oder weniger radikale Elemente ohne klare Ziele. Der deutsche Bundestag in Frankfurt a. M. hatte alle politischen, sozialistischen u. s. w. Vereinen verboten, es wurden scharfe Verordnungen dagegen erlassen. Die deutschen Regierungen gaben dazu ihre Zustimmung, doch konnten sie keinen Gebrauch davon machen.

Es bildeten sich Arbeiterbildungsvereine, welche die kümmerliche, kärgliche Bildung, welche die Volksschule gewährte, zu vervollkommnen suchten. Doch wurde diese Bewegung eine politische; die Leitung dieser Vereine befand sich in Händen von Männern, welche sagten, daß die Arbeiter nicht die Aufgabe hätten, in der politischen Bewegung als Schwanz der Bourgeoisie zu figurieren. Im Februar 1863 schrieb Lassalle seinen bekannten Brief an das Leipziger Komitee, im April trat der deutsche Arbeiter-Verein ins Leben. Von gewerkschaftlichem Ziele war keine Rede, auch bei Lassalle nicht. Die Aufgabe war, eine politische Partei mit politischem Programm zu bilden, das allgemeine gleiche Wahlrecht erringen zu suchen u. s. w. Es müsse dahin gewirkt werden, daß sich der Staat der Arbeiterklasse annähme. Die hervorgerufenen Gegensätze in der Gesellschaft müßten beseitigt werden, die Arbeiter gewissermaßen zu Unternehmern gemacht und so die Wirtschaftsordnung der bürgerlichen Welt beseitigt werden. — Die Gegensätze haben sich erhalten und verschärft und die sozialdemokratische Partei ist im Laufe der Zeit zur größten Partei Deutschlands geworden. Es gab Lohnkämpfe, wie in neuerer Zeit in der Mitte der 60er Jahre, um die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern. Doch waren diese Kämpfe vollständig isoliert, es gab keine Organisationen, sie wurden mit wechselndem Erfolg ins Leben gerufen. Oft waren es Niederlagen wie in Hamburg, Burg bei Magdeburg, Leipzig u. s. w. der Buchdrucker, Tabakarbeiter und andere. Die nicht organisierten Arbeiter mußten erst ihre Machtmittel verbessern, um dem Unternehmertum erfolgreicher entgegentreten zu können. Der Buchdruckerverband entstand aus den lokalen Vereinen. 1865 wurde seine Arbeitseinstellung von den anderen Arbeitern unterstützt. Der Verband ist der politischen Bewegung gegenüber stets neutral geblieben, es wurde ausschließlich Gewerkschaftspolitik getrieben. — Daher steht der Buchdruckerverband allen politischen Parteien teilnahmslos gegenüber. Später bildete sich der deutsche Tabakarbeiter-Verband, dessen Gründer Fritsche war. Fritsche vertrat den 4. Berliner Wahlkreis anfangs der 70er Jahre im Reichstage; später ging er nach Amerika. Fritsche kämpfte 1862 im Arbeiterverein gegen die politische Arbeiterbewegung. Er rief mit Lassalle zusammen den deutschen Arbeiterverein ins Leben. Dieser von vornherein sozialistische Verein hat jahrzehnte lang unter den schwierigsten Verhältnissen gelebt, andere Arbeitervereine kamen ihm gegenüber nicht zur Geltung. 1868 war er auf dem Höhepunkt seiner Entwickelung angekommen.

Es gab zwei Richtungen in den Arbeitervereinen. Arbeiter-Verein im liberalen Fahrwasser, deren Leitung die Bürgerlichen in Händen hatten. (Im Jahre 1868 ging der bekannte Dr. Max Hirsch zu einer Studienreise nach London, um dort das Wesen der englischen Gewerkvereine kennen zu lernen; dann wurden von ihm und Franz Duncker die deutschen Gewerkvereine, nur ein Abklatsch der englischen, gegründet.) Dann der deutsche Arbeiterverein. Alle hatten natürlich das Bestreben, soviel wie möglich Arbeiter in ihre Vereinigungen herein zu bringen.

In einseitigster Weise war bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen der bürgerlich-politische Standpunkt vertreten und ausgeprägt; jemehr die sozialistische Idee sich auch unter den Gewerkvereinlern ausbreitete, umsomehr bestand für sie die Gefahr, daß alle Arbeiter ins sozialistische Fahrwasser kamen und den anderen Parteien verloren gingen. Deshalb darf kein Mitglied der Gewerkvereine Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein, sonst muß er aus den Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereinen austreten. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine haben ihr liberales Aushängeschild beibehalten, die Mitglieder gehören doch schon zum großen Teil zu uns. Es ist unmöglich geworden, diese Bestimmung strikte innezuhalten. — In den sozialistischen Gewerkschaften besteht solche Vorschrift selbstverständlich nicht. Die ganze bürgerliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung bringt es mit sich, daß die Arbeiter doch zu uns herüberkommen müssen.

Es war daher natürlich, daß die Behörden gegen unsere Vereinigungen auftraten; zuerst in Sachsen. Ich erinnere an den Leipziger Hochverratsprozeß gegen mich und Liebknecht, nach welchem wir beide zu Festungshaft verurteilt wurden. Die Arbeitervereine wurden in Sachsen vernichtet und aufgelöst. Hier in Berlin trat 1874 der berüchtigte damalige Staatsanwalt Tessendorf gegen unsere Partei auf. 1878 kam das Sozialisten-Gesetz. Die Organisationen der Arbeiter wurden aufgelöst und, soweit die Behörden sie bekommen konnten, die Kassen konfisziert. Die Bewegung wurde dadurch zum Stillstand gebracht. — Nach und nach haben sich die Gewerkschaften wieder erholt und Boden gefaßt und ist die Bewegung jetzt auf einer Höhe angekommen, die früher unbekannt war. — Es wurde auf den Parteitagen zu Berlin, Köln u. s. w. über die Gewerkschaftsfrage verhandelt. Die Führer sollten sich den in ihren Berufen bestehenden Vereinigungen anschließen und sich ihrer in ausgiebigstem und umfassendstem Maße annehmen u. s. w. Aber die Lage war für die Gewerkschaften in Deutschland doch sehr verfänglich, sie wurden von den Behörden als politische Organisationen angesehen. So manche Gerichtsverhandlung legt Zeugnis davon ab.

Das Verbindungsverbot für die Vereine untereinander ist im Jahre 1899 aufgehoben worden, jetzt können die Vereine, soweit es wenigstens die Gesetzgebung betrifft, eher ungehindert Politik treiben; man kann ihnen jetzt das Leben doch nicht mehr so sauer machen.

Nun ist aber eine neue Ansicht aufgekommen und zwar, daß es nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sei, Politik zu treiben; besonders haben sie die Parteipolitik außerhalb ihres Kreises zu lassen, man müsse versuchen, alle Angehörigen eines Faches in eine starke Organisation hineinzubringen. Die Gewerkschaften gewinnen in allen Kreisen der Arbeiter immer mehr und mehr Boden. Auch andere politische Parteien, besonders das Zentrum, riefen Arbeitervereine auf ihrem christlichen, religiösen Boden ins Leben und haben sich alle Mühe gegeben, ihre Glaubensgenossen in diese Vereinigungen hineinzubringen.

Es giebt in Deutschland 5 verschiedene Richtungen, wo das Politische als Unterscheidungsmerkmal dient. 1. Die sozialistische, 2. die liberalen, 3. die katholischen, 4. die evangelischen Gewerkschaftsvereinigungen und 5. die neutralgehalten, wie z. B. der Deutsche Buchdruckerverband. — Die Zwecke der Gewerkschaften können unmöglich erreicht werden, wenn die Arbeiter in so und so viele Vereine zersplittert sind. Die Meinungsverschiedenheiten, der Streit, die Uneinigkeit unter den Arbeitern bewirken es, daß es zu keiner Einigkeit, zu keinem Zusammenfassen aller Kräfte kommt.

Die Unternehmer waren sich lange Zeit feindlich gesinnt, seit den letzten 15 Jahren sind sie durch die Versicherungsgesetzgebung in Genossenschaften vereinigt worden. Das ist eine vorzügliche Organisation. Früher waren die Unternehmer isoliert jetzt haben sie ihre Fachorganisationen so ausgebildet, daß sie von 50—100% in ihren Vereinen organisiert sind, während bei den Arbeitervereinen die Mitgliederzahl höchstens bis auf 50% der im Fach Beschäftigten kommt. Hier werden wir mit der Nase darauf gestoßen, daß diese Zersplitterung, diese Uneinigkeit nicht weiter bestehen bleiben darf. — Bei den Unternehmern giebt es keinen Unterschied in politischer sowohl wie in religiöser Beziehung, sie sind vom blauroten Demokraten bis zum schwarzesten Zentrumsmann sich einig, wenn es heißt, den Arbeitern geschlossen gegenüberstehenzustehen und ihren Vorteil zu wahren, sie sagen sich: sonst sind wir verloren.

Dadurch ist es in den letzten 10 Jahren dahin gekommen, daß die großen Industrien in allen Ländern der Welt eine solche Bedeutung und Machtfülle, und nicht nur den Arbeitern gegenüber, erlangt haben, gegen die, auf einer Reihe der größten Produktionsgebiete, die Arbeiter fast nichts mehr mit Erfolg zu unternehmen vermögen. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung die Lage der Arbeiter und ihre Lebensbedingungen so günstig wie nur irgend möglich zu gestalten, den Kampf zu führen für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Behandlung, Bezahlung der Ueberstunden, u. s. w. kurz nach allen Richtungen hin Verbesserungen für sie anzustreben, in möglichst großer Zahl die Fachangehörigen in die Vereine hineinzuziehen, Gelder in den Kassen ansammeln und bei gegebener günstiger Zeit den Kampf aufzunehmen. — Eine Zukunftsorganisation sind die Gewerkschaften insofern, als sie jedenfalls die Produktion in vollkommenster Weise einst in die Hand nehmen. —

Um Macht zu erlangen, müssen die Gewerkschaften den Mitgliedern Rechtsschutz, Wander-, Arbeitslosenunterstützung u. s. w., soweit es ihre Mittel erlauben, gewähren, um auch dadurch die Arbeiter in ihre Organisationen hineinzuziehen suchen. — Die Unternehmer haben den Vorteil, sie fragen, wie schon gesagt, nicht nach der politischen und religiösen Ansicht ihrer Kollegen, sie sind sich einiger als die Arbeiter und daher so stark, daß sie die Gesetzgebung beeinflussen können.

Es ist doch beim Unfallversicherungsgesetz nicht viel herausgekommen, es war im Reichstag keine Neigung vorhanden, weiterzugehen. Die Berufsgenossenschaften haben dagegen protestiert, als Verbesserungen in die Novelle aufgenommen wurden, da haben sich namentlich die Metallindustriellen heftig dagegen gestemmt und sie zurückgebracht. Ich erinnere an Stumm u. s. w. Die Regierungen hatten einen sehr schweren Stand dabei. — Die Gewerkschaften müssen durch ihre Organe, Zeitungen, Vorträge die Arbeiter und Arbeiterinnen aufzuklären suchen. Sind ihre Vereinigungen stark und haben den weitaus größten Teil ihrer Berufsangehörigen hinter sich, eine gute Leitung, Geld in der Kasse und den Arbeitsmarkt im Auge, so können sie bei guter Konjunktur vergleichsweise größere Erfolge herausschlagen. — Es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit aller Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Berufsverein einzutreten und diesen zu unterstützen. Auf welchen politischem Boden man sonst auch stehen mag, darin darf es keinen Meinungsunterschied zwischen den Arbeitern geben. Die Unternehmer sind uns mit gutem Beispiel vorangegangen alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen demselben folgen. Organisieren, agitieren, hineinziehen was hineingehört, keine politische Meinungsverschiedenheiten darin bekämpfen und nur Arbeiterpolitik treiben. Eigentliche Parteipolitik muß unter allen Umständen aus den Gewerkschaften ferngehalten werden; Arbeiterpolitik schließt schon von selbst allgemeine Politik in sich. —

Ein gut Teil Forderungen, welche die Arbeiter stellen, können aber durch die Gewerkschaften nicht verwirklicht werden. Wenn also auch die Arbeiter möglichst starke Organisationen haben, die denkbar stärksten die man sich denken kann, so giebt es dennoch Grenzen, über die hinaus nichts erreicht werden kann und deshalb muß die Politik hier eingreifen.

Unbestreitbare Thatsache ist es, daß es Berufe giebt, in denen die Arbeiterinnen die Mehrzahl der Arbeitskräfte stellen. In diesen ist es bald unmöglich, Bewegungen durchzuführen. Verschiedene Umstände hindern dieses. — Die Erziehungen der Frauen ist eine andere als die des Mannes, sie sind weit indifferenter. Es ist schwer, sie von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Es ist den Frauen unmöglich, die Stelle einzunehmen, die der Mann einnehmen kann. Ebenso ist es fast undenkbar, sie ins öffentliche Leben hineinzuziehen. — Auf der einen Seite ist sie Arbeiterin, andererseits ist sie aber auch Familienangehörige, die nach Feierabend noch ihre Pflichten in der Wirtschaft zu erfüllen hat. — Die Männer können den Kampf mit dem Unternehmer weit leichter führen, sie können im schlimmsten Falle die Gegend verlassen, bei den Frauen ist dies doch nicht so leicht möglich. — Arbeiterinnen von Sachsen und dem Rheinland und Westfalen heranzuziehen ist bald unmöglich. Daher muß der Staat durch die Gesetzgebung für die Frauen eintreten, weil es ihnen aus eigner Macht nicht möglich ist. — Ich befand mich darin mit dem bekannten Ehepaar Webbs in England in Uebereinstimmung, auch sie haben diese Frage in den Kreis ihrer Erörterungen gezogen. Eine fast unbegrenzte Reservearmee giebt es auch bei den Arbeiterinnen. Auch sind sie schwerer zu organisieren. Die Lage der Arbeiterinnen zu heben sei daher hoffnungslos. — Die Hausindustrie beschäftigt ungefähr ½ Million Menschen in Deutschland; auch diese in die Gewerkschaften hineinzubringen ist gleichfalls sehr schwer. Hier ist es ebenfalls Pflicht des Staates, diese zu schützen. — In den Staatsbetrieben, in den Militär- und Marinewerkstätten, Eisenbahn u. s. w. muß der Staat für seine Arbeiter eintreten, sie selbst können es nicht. Da giebt es keine Arbeitseinstellungen. Staat und Volksvertretung müssen für sie sorgen. Im Reichstag und in den Landtagen muß dafür gesprochen werden; die sogenannten staatlichen Musteranstalten lassen auf sich warten. Bei den Bergarbeiterstreik in Rheinland und Westfalen trat vielmehr der Staat gegen die Arbeiter auf, bis sie zu Kreuze krochen mußten. 500 Menschen wurden von der Arbeit bei den Staatsbergwerken dauernd ausgeschlossen. Auch für die Bergarbeiter muß im Reichstag und Landtag eingetreten werden. Wenn man sich nun das Verhalten der Parteien den Arbeitern gegenüber objektiv vor Augen führt und fragt sich, wer von ihnen für diese Arbeiter eintrat, so kommt man zu der Antwort, daß es nur die Sozialdemokraten gewesen sind, die das thaten. In Sachsen, Bayern, Hessen u. s. w. beweisen es die Verhandlungen, daß nur die Sozialdemokraten in den verschiedenen Volksvertretungen für die Arbeiter zu haben sind, die bürgerlichen Parteien nicht, und wenn es wirklich einmal geschah, dann doch nur in ganz kläglicher Weise.

Gleichfalls unmöglich ist es, einen anderen großen Teil der Arbeiter, gleichviel von wo sie auch herkommen mögen, nämlich die Landarbeiter, zu organisieren. Auch für diese muß der Staat eingreifen. Aber nur durch die Kritik im Reichstag wird es möglich sein.

Es giebt in Deutschland weit über 100 Organisationen Trusts, Ringe, Kohlensyndikate, die durch ihre Vereinigung sehr großen Gewinn erzielt haben, die Arbeiter dagegen hatten an dem wirtschaftlichen Aufschwung keinen Anteil. Die Bergarbeiter hatten nicht den Mut, zu Arbeitseinstellungen zu schreiten, weil diese Ringe zu stark geworden sind. Ob bei Krupp oder Stumm jemals gestreikt wird,

*) Wir haben über diese Versammlung bereits in Nr. 23 nach dem Vorwärts kurz berichtet, während uns dieser ausführlichere Bericht erst nach Schluß der Redaktion zuging. Bei dem Interesse, welches diese Frage gegenwärtig hat, bringen wir heute diesen, sowie den Bericht über die am 18. Juni stattgefundene Fortsetzung der Versammlung unseren Lesern zur Kenntnis. Die Red.

ist wohl noch sehr die Frage. Die größten Betriebe stehen doch alle untereinander in engster Verbindung. Die Arbeiterorganisationen sind diesen gegenüber noch viel zu schwach. Nun die Gesetzgebung kann hier helfend eingreifen. Herr und Frau Webbs sagen hierüber: Wenn die ganze Industrie in den Händen eines Unternehmers liegt, dann findet man, daß die Gewerkvereine dagegen nutzlos sind. Gegen die reichen Eisenbahnen in England sind die Arbeiter machtlos. Der reichste Gewerkverein mit einer Viertel Million Vermögen ist ohnmächtig dagegen, er hat ungefähr die Wirkung eines gegen ein Panzerschiff geschossenen Pfeiles. Die Gewerkvereine versuchen nun Streiks gegen diese Vereinigungen.

So viel wie nur irgend möglich muß man versuchen, für jede Branche eine Organisation zu schaffen. Ganze Industriezweige werden aber nicht in der Weise organisiert werden können, nur die Gesetzgebung kann hier durch einen ausgiebigen Arbeiterschutz helfen. Wo in der heutigen Zeit alles in innigster Beziehung steht, ist es doch klar, daß auch der Arbeiter solidarisch sein muß. Der Gewerkschaftler ist ein Doppelwesen, er muß in der Gewerkschaftsagitation thätig sein, er ist aber auch das politische Tier des Aristoteles, er muß gewerkschaftlich und politisch thätig sein. Was in der Gewerkschaftsbewegung nicht erreicht werden kann, das muß durch die Gesetzgebung erreicht werden. Wir sind Mitglieder des Staates, des Reiches, in dem wir leben, der Stadt, in der wir unsern Wohnsitz haben. In allen giebt es Interessen zu vertreten, die nur durch die politische Bethätigung errungen werden können. Weil wir Arbeiter sind, müssen wir uns auch als politisches Tier betrachten. Für den Reichstag gilt das Wahlrecht nur für Männer über 25 Jahre, für die Frauen garnicht; die Ausübung des Wahlrechts ist daher beschränkt. Nur in Württemberg ist das allgemeine Wahlrecht zum Landtag vorhanden, in den übrigen deutschen Staaten nicht. Man muß versuchen, die Rechte, die uns der Staat gewährt, auch für sich in Anwendung zu bringen; das kann nur derjenige, der die Macht dazu hat. Diese haben die besitzenden Klassen, sie haben es oft genug für sich mißbraucht. Es giebt kein Gesetz, in dem nicht der Klassencharakter ausgeprägt ist, die Arbeiter müssen daher noch vielmehr darauf einzuwirken versuchen. Politische Forderungen können nur durch die Gesetzgebung erreicht werden. Vereins- und Versammlungsrechte sind bei uns noch lange nicht genug gewahrt. Desgleichen ist es mit dem Koalitionsrecht; die Zuchthausvorlage ist ja mißlungen. Den katholischen Arbeitern mußte Rechnung getragen werden, deshalb durften die Zentrumsvertreter nicht dafür stimmen. Das war der Grund, das ging aus den Worten des Herrn Bachem hervor: alle Arbeiter sind darüber rebellisch geworden, wir können dafür nicht stimmen. Sie hätten es gern gethan. — Die volle Preß- und Redefreiheit sind auch politische Forderungen, die durch die Gewerkschaften nicht erfüllt werden können.

Dann kam Redner auf die Artikel im „Korrespondent", Organ der Buchdrucker, zu sprechen, in denen der Redakteur desselben gegen die Partei Front macht. Man habe wohl, so heißt es dort, 2 Millionen Stimmen erhalten und 57 Abgeordnete, doch damit keine 5 Pfennig mehr Arbeitslohn für die Arbeiter. Wenn die Bourgoisie so spricht, so könne man das begreifen, von einem Arbeiterblatt aber nicht.

1878 kam das Sozialisten-Gesetz, 1881 das sozialpolitische Programm der Regierungen Kaiser Wilhems; Nachdem die Sozialdemokratie tot sei, müsse deren gesunder Kern verwirklicht werden. 1886 sagte Auer im Reichstage, daß die ganze Sozialreform nicht wäre, wenn es nicht Sozialdemokraten gäbe. Bismark gab ihm Recht. Aus Angst vor uns sind sie dazu gekommen, darüber kann kein Mensch im Zweifel sein. — Es müßten die Sozialdemokraten 105 statt 57 Abgeordnete haben; sie können noch keine Gesetze allein zu Stande bringen, die für die Arbeiter gut sind. Die Partei kann nur dafür agitieren und das habe sie im vollsten Maße gethan und auch dabei Verbesserungen für die Arbeiter herausgeschlagen. Alle Gesetze können doch nur durch die Mehrheit des Reichstages geschaffen werden, wir müssen die Arbeiter immermehr darauf aufmerksam machen. Das Zentrum hat seine Wähler durch Altar, Beichtstuhl, Kanzel sicher in seiner Macht behalten, keine Wahl hat es bis jetzt geschädigt. Mit über 100 Abgeordneten ist es im Kulturkampf in den Reichstag hineinmarschiert, ist für die Arbeiter eingetreten und hat auf Staat und Kapital losgeschlagen. Wir können den Arbeitern nur das irdische Himmelreich versprechen, das Zentrum verspricht ihnen ja auch noch das himmlische dazu. Doch die Wähler werden auch mal dem Zentrum fortlaufen. Die Stimmung der Arbeiter gegen die Zuchthausvorlage war sehr erbittert. Organisierte katholische Arbeiter haben vom Reichstag in Petitionen den 10-stündigen Arbeitstag verlangt, die katholischen Bergarbeiter den achtstündigen. Das Zentrum hat diese Forderungen nicht unterstützt. Nur die sozialdemokratische Fraktion hat das gethan. Beweis: die Reichstagsberichte. Alle diese Dinge gehen ihren Gang, sie gehen, wenn auch langsam, doch vorwärts. So ist es auch mit der Kinder- und Frauenarbeit — Lohnzulagen kommen nur vor, wenn die Verhältnisse für die Arbeiter günstig sind. Für Kinder und Frauen haben wir den 11-stündigen Arbeitstag gesetzlich festgelegt, es ist ja gerade nicht viel, aber doch wenigstens etwas. Es wurden dadurch die Löhne und Arbeitsbedingungen verbessert. Desgleichen gab es Maßregeln gegen die gesundheitsschädlichen Betriebe. Was hat die Partei nicht zur Bäckereiverordnung mit beigetragen, für die Müller, Kaufleute u. s. w. Wir sind für den 8-Uhr Ladenschluß und für die 8-stündige Arbeitszeit eingetreten. Alles dies ist durch das Zentrum verworfen worden; wir allein können leider noch nichts machen. Auf dem Gebiete der Sonntagsarbeit, des Gewerbegerichtswesens u. s. w. ist doch immer etwas geschehen, wenn wir stark gedrängt haben, doch ist dieses alles noch sehr ungenügend. Als wir 1884 den Antrag auf Einführung eines Arbeitsamtes brachten, wurde wir im Reichstag verhöhnt und verspottet, jetzt kommt es so nach und nach recht langsam, unserem Antrag wurde nach 16 Jahren unbewußt zugestimmt, nach ein Paar Jahren wird es wohl endlich da sein. — Bei der Handels- und Zollgesetzgebung waren wir auch nicht unthätig. In 2 Jahren wird wieder über diese Verträge verhandelt werden. Nur die sozialdemokratische Partei war kräftig dagegen, daß die Lebensmittel durch die indirekten Steuern verteuert wurden. Die Mehrheit, welche die Flotte bewilligt, will keine indirekten Steuern, nicht das Zentrum ist schuld daran, sondern wir haben es durch unser Eintreten erreicht. Sie haben die Vorteile wir sollen alle Lasten tragen. Das hat die bürgerlichen Parteien genötigt zu erklären, daß die Kosten nicht auf die Schultern des Volkes gewälzt werden sollen. Da ist doch das Gerede im „Korrespondent" überflüssig. — Hätten wir im preußischen Landtag nur einen Abgeordneten, so könnte auch dort tüchtig Kritik geübt werden, bei Beratung des Post- Telegraphen- und anderer Etats. Wer nimmt sich der kleinen Beamten an? Doch nur die Sozialdemokratie. Gleichfalls ist in der Kolonialschweinerei alles nur von uns zur Sprache gebracht worden. Unsere Thätigkeit im Reichstage ist nur eine bürgerliche, keine sozialdemokratische. Die bürgerlichen Parteien sind zu feige dazu, diese Forderungen zu vertreten, wir müssen ihre Arbeit übernehmen. Ist es in der Rechtspflege anders? Wäre der Löbtauer Fall ohne uns im Reichstage zur Erörterung gebracht worden? Das sind allerdings Arbeiterfragen, wofür wir gewirkt haben. — Es darf auch der Einfluß der Tribüne im Reichstag nicht unterschätzt werden; denn da spricht man vor Millionen, die Wirksamkeit der Reden ist eine ganz andere, als die in Versammlungen. Wir haben Briefe und Zustimmungsschreiben aus allen Teilen des Reiches bekommen. Auch Briefe von sogenannten Gebildeten erhielten wir, die waren im außerordentlichen groben Ton gehalten. Alles dieses ist ein Beweis dafür, daß die politische Bethätigung von größter Wichtigkeit ist. Parteipolitik sollen die Gewerkschaften nicht treiben, doch die Gewerkschaftler sollen es thun. — Der evangelische „Arbeiterbote" trat für unpolitische Gewerkschaften ein, doch durch die Hintertür bringt er die Politik wieder herein. — Wer für Arbeiterpolitik spricht, muß den Kampf gegen die Unternehmer aufnehmen. Durch Vermittelung, Verständigung nehmen wir was wir kriegen können. Wenn Christen und Nichtchristen in Arbeiterfragen ein Herz und eine Seele sind, so muß das jeden Gewerkschaftler erfreuen, daß es so ist. Ich hatte früher in dieser Frage eine andere Meinung. Einseitige Thätigkeit ist hier ein großer Fehler. Ob Christ oder Mohamedaner, Zentrumsmann oder Nationalsozialer, alle müssen gegen das Unternehmertum fest zusammenstehen. Der natürliche Verlauf der Dinge wird das schon zuwege bringen. Die Arbeiter werden in wenigen Jahren darüber derselben Meinung sein; namentlich wenn man sieht wie die Unternehmer Arbeiterforderungen zurückweisen; es giebt ja auch da rühmliche Ausnahmen unter ihnen. Meist sind die Arbeiter viel zu leicht zu Vergleichen bereit gewesen, es heißt immer: sie dürfen ihre Forderungen nicht zu hoch spannen, sonst werden sie nicht bewilligt. — Wo der Klassencharakter in Frage kommt, ist der Streit selbstverständlich ein weit schwererer. Die Berliner Straßenbahnen hätten nicht gesiegt, wenn sie nicht die Sympathie des ganzen Publikums gehabt hätten; darum mußte die Direktion, trotz Thelen und Rheinbaben, nachgeben. Harmonie giebt es nun einmal zwischen beiden Teilen nicht. Soll die Arbeiterklasse ewig Lohnsklave sein und bleiben, sich nicht ein menschenwürdiges Dasein erringen? Das ist Politik. — Man muß das eine thun und das andere nicht lassen.

Am 18. Juni wurde die Diskussion über den Vortrag Bebels fortgesetzt. Zunächst sprach Kandidat der Theologie, Herr Mumm folgendes: Da der Reichstagsabgeordnete Herr Bebel nicht anwesend ist, sei es immerhin eine mißliche Sache gegen ihn zu sprechen; aber er hätte ja im Saale Verteidiger genug, die für ihn eintreten könnten. Bebel habe ihm gesagt, er solle die englische Arbeiterbewegung erst besser studieren; das habe er genügend gethan. In England gäbe es kaum 7—10000 Sozialdemokraten, da haben sich die Gewerkschaften gegen die politischen Parteien ausgesprochen. Der nationalliberale Kuhlemann habe der Arbeitersache gute Dienste geleistet. Es giebt auch unter den Bürgerlichen Leute, die für den 8-Stundentag eintreten und wies darauf hin, daß die englischen Arbeiter noch Vaterlandsliebe und Religion hätten, so eröffnen manche ihre Versammlungen mit Gebet. (Große Heiterkeit.) Unter den deutschen Sozialdemokraten gäbe es ja auch noch Arbeiter, welche Vaterlandsliebe und Religion hätten, aber doch nicht so wie bei den Engländern. — Bebel habe sich auf Häckel berufen, das wäre ein sehr unglücklicher Griff gewesen. Dieser gilt in naturwissenschaftlichen Kreisen wenig. Anatomen und Zoologen hätten sich gegen ihn ausgesprochen. Wer Häckels Werke liest, müßte doch auch die Gegenstücke davon lesen. Die Gewerkschaften müssen allen Arbeitern unbeschadet ihrer politischen und religiösen Ansichten offen stehen, innerhalb derselben darf man keine Politik treiben, außerhalb darf man darüber reden und denken, das geht niemand etwas an.

Otto Stiller: Es verlohnt sich bald garnicht, auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen. Zoologie und Theologie hat mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu thun. Man braucht sich nicht so auf Kuhlemann zu berufen, welcher alles durch die Unternehmerbrille ansieht, besser wäre es da mit dem bekannten Ehepaar Webbs. Auch läßt sich bei den englischen Verhältnissen sehr schwer feststellen, wieviele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der politischen Partei angehören, die Mitglieder der englischen Gewerkschaften treten immer mehr für unsere Ansicht ein, und das kommt dabei allein in Betracht. — Wir brauchen uns nicht in den Streit zwischen den Buchdruckern und der Partei zu mischen, ebenso wie uns der innere Streit zwischen den Buchdruckern nichts anzieht. Hätten wir das in voriger Versammlung gethan, dann brauchten wir keine zweite Versammlung. Wir haben hier nur über Stellungnahme der Gewerkschaftsbewegung zu den politischen Parteien zu sprechen, diese Frage muß aber auch besonders geklärt werden. In voriger Versammlung ist behauptet worden, daß die Metallarbeiter in Halle Anhänger christlicher Gewerkschaften, als Mitglieder der freien Gewerkschaften zurückgewiesen haben. Nach vom Redner beim Zentralvorstand in Nürnberg und den Metallarbeitern in Halle eingezogenen Erkundigungen, ist diese Angabe nicht der Wahrheit entsprechend. Im Metallarbeiterverband, ebenso wie in allen Zentral-Verbänden, wird niemand nach seinem religiösen und politischen Standpunkt gefragt, ja es kann dieses auch garnicht sein, weil wir im wirtschaftlichen Kampfe jeden einzelnen ohne Rücksicht auf seinen sonstigen Standpunkt nötig haben. Damit ist eigentlich schon der Weg für die Gewerkschaften gezeigt. Doch darf bei alledem der Klassenkampfcharakter nicht vergessen werden. Der Standpunkt der „bürgerlichen Brücke" scheint mir deshalb nicht richtig geklärt zu sein. Wenn dabei von Tarifgemeinschaft gesprochen wird, so scheint mir dieser Ausweg nicht stichhaltig zu sein, weil dann von keiner abgebrochenen Brücke die Rede sein kann. Solle mit der Brücke eine Art Harmonie gemeint sein, so müsse er sich entschieden dagegen wenden. Tarifgemeinschaften sind keineswegs eine Brücke zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, sondern nur eine Art Waffenstillstand zweier gleich starker Gegner, um das äußerste den Streik zu vermeiden.

Auch die Berliner Maurer haben eine Tarifgemeinschaft. Doch die Bauunternehmer wollen gern die sogenannte Streikklausel bei den Verträgen mit der Stadtgemeinde aufgenommen haben, um eventuell keine Konventionalstrafen zu zahlen, dann könnten die Unternehmer gegebenen Falls die Abmachungen mit den Arbeitern brechen. Bebel steht auf dem Standpunkt, daß den Buchdruckern manches möglich sei, was bei anderen Gewerkschaften, wie auch bei den unsrigen, nicht angeht. Sie stehen wirtschaftlich auf nationalem Boden, sie beherrschen fast nur den inländischen Markt; bei ihnen ist also die strikte Durchführung des Tarifes möglich. Auch Stiller ist ein Anhänger von Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern um den Streik zu vermeiden. Daß wir aber keine Harmonie treiben können, beweisen uns unsere ganzen Bewegungen, z. B. Barmen, Kaufbeuren, Leipzig, Mannheim, Saalfeld ꝛc. ꝛc., überall wurde erst nach energischem Eintreten bewilligt; ja da, wo die Arbeiter weniger energisch vorgingen, wurde nichts bewilligt. — Nur wenn die Arbeiter gut organisiert sind, können sie ihre Forderungen durchdrücken, dann geben erst die Unternehmer nach, eher nicht; da könne doch von einer Brücke zwischen Arbeitern und Bürgertum keine Rede sein. — Stiller verliest einige Schriftstücke von Unternehmerorganisationen, welche seine Ausführungen bestätigen, daß die Unternehmer den Arbeiterorganisationen keineswegs freundlichst gegenüberstehen, sondern dieselben soviel wie möglich zu unterdrücken suchen. Das ist Klassenkampf. Man dürfe die Gegensätze nicht durch Harmoniedusel verwischen lassen; denn das führe zu Irrtümern. Die Gewerkschaften müssen Kampforganisationen gegen die Unternehmer sein. Es heißt immer, wir müssen in Deutschland billig produzieren, um gegen das Ausland konkurrieren zu können, damit werden dann von den Unternehmern die schlechten Löhne bei uns begründet. Die Lohnkämpfe in Rheinland und Westfalen, besonders die der Textilarbeiter, lehren es uns aufs deutlichste, daß die Unternehmer keinen Unterschied zwischen christlicher und anderer Organisation der Arbeiter machen; sowie auch diese versuchen, für ihre Mitglieder Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen u. s. w. einzuführen, wenden sie sich in derselben Schärfe dagegen und suchen auch diese Arbeitervereinigungen zu vernichten. Dabei kommt das christliche Moment gar nicht in Frage. Es heißt immer, die Arbeiter sollen bei Streiks vorsichtig sein, der Streik sei eine zweischneidige Waffe. Bebel sagt darüber: Ich habe noch nie einen Arbeiter gefunden, der einen blutigen Vergleich nicht angenommen hätte, ich finde, daß die Leute in dieser Beziehung bald zu vernünftig sind und zu viel nachgeben. Es wird auch immer gesagt, daß der Kontraktbruch zu verwerfen sei — uns wird das noch immer von manchem wegen des 96er Streiks vorgeworfen — bei dem Streik der Straßenbahner wurde er aber auch von solchen Leuten gutgeheißen; ich bitte also auch uns daraus keinen Vorwurf mehr zu machen. Bei dem Verhandlungen im Reichstag ist es in der deutlichsten Weise auch bei den Anträgen auf Einführung der 10-stündigen Arbeitszeit für die Textilarbeiter und der 8-stündigen für die Bergarbeiter zu Tage getreten, daß nur die sozialdemokratische Partei dafür auf das energischste eingetreten ist, die anderen Parteien sind dafür nicht zu haben. Das muß stets den Arbeitern, gleichviel welcher Branche, klar gemacht werden, damit treiben wir in den gewerkschaftlichen Organisationen aber nicht Parteipolitik, sondern stellen geschichtlich diese Thatsache fest. Jeder Arbeiter muß auch außerhalb der Gewerkschaft in politischer Beziehung seine Schuldigkeit thun. Wenn die Sozialdemokraten nicht stets im Reichstage ihre Schuldigkeit voll und ganz gethan hätten, würden heute in dieser Versammlung keine Frauen weilen dürfen, mit dem Koalitionsrecht würde es schlecht aussehen. Und so ist es auf allen Gebieten. Redner kam dann noch auf die Gesetzgebung in den einzelnen Landtagen zu sprechen, die uns alles, nur nicht förderlich ist. Auch darum müssen sich die Arbeiter immer mehr kümmern. Wenn die Arbeiter im wirtschaftlichen Aufschwung auch hier und da Verbesserungen ihrer Lage erzwingen können, so werden ihnen bei schlechten Geschäftsgang doch oft diese Vorteile wieder entrissen. Nach alledem ist die politische Bewegung der Arbeiter eine ebenso wichtige wie die gewerkschaftliche. Die Arbeiter sollen in den Gewerkschaften keine Partei-

(Schluß des Artikels an erster Stelle unter Korrespondenzen.)

einer höheren Lebenshaltung, wirksamer entgegentreten zu können.

Die Versammlung ist mit Bebel der Ansicht, daß in den Organisationen Arbeiterklassenpolitik zu pflegen ist, durch welche der Klassenkampfcharakter hochgehalten wird. Jede Verschleierung über Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, durch welche eine Harmonie zwischen Kapital für möglich gehalten wird, ist entschieden zu melden.

Die Versammlung hält es aber auch für nötig, daß die Arbeiter neben der gewerkschaftlichen Organisation sich politisch organisieren, um in Fragen, welche in den gewerkschaftlichen Organisationen nicht zu regeln sind, auf die Gesetzgebung einwirken zu können. Die ganze soziale Gesetzgebung, Vereinsgesetz, Zoll- und sonstige indirekte Steuerpolitik ꝛc. zwingen den Arbeiter zu dieser Stellungnahme."

An diese Ausführungen Stillers knüpfte sich eine sehr lebhafte, zum Teil sehr erregte Debatte, an der sich die Kollegen Fisch, Albrecht, Gedicke, Tischendörfer, Rose u. a. beteiligten. Es waren alle Redner mit den Ausführungen Stillers einverstanden und wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Leider verbietet der beschränkte Raum der „Gr. Pr." diese Aeußerungen gleich ausführlich zu bringen, da mehrere von ihnen ungefähr denselben Raum einnehmen würden wie diejenigen des Kollegen Stiller. R. H.

Altwasser. Am Sonnabend, den 9. Juni, fand in Altwasser im Gasthof zum „Deutschen Kaiser" eine öffentliche Versammlung der Lithogr., Steindr. und Berufsgenossen statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerkschaften; 2. Diskussion; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt nahm der Referent, Herr Bergmann, das Wort. Redner führte die grundlegenden Momente für die Gewerkschaftsbewegung an, indem er nachwies, daß die Gewerkschaften eine notwendige Folge des Kapitalismus sind. Die seit der Mitte dieses Jahrhunderts sich immer mehr entwickelnde Großproduktion, neben welcher anfänglich auch zugleich noch der Klein- und Handelsbetrieb vorherrschte, hatte zur Folge, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer unsicherer wurde. Die Kleinbetriebe sahen sich bedroht und machten nun die größten Anstrengungen, mit dem Maschinenbetrieb zu wetteifern, indem sie die Arbeitszeit verlängerten. Das ganze Erwerbsverhältnis der Arbeiter sank immer tiefer und wurde immer schlechter. Daraus folgte mit Naturnotwendigkeit, daß die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen, zur Organisation, um der Ware Arbeitskraft einen höheren Wert zu verschaffen und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen. Die Anfänge der gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegung traten schon anfangs der 60er Jahre in die Erscheinung, konnten jedoch keine nennenswerten Erfolge erzielen, da die gesetzlichen Schranken sie nicht aufkommen ließen. Im Jahre 1861 beantragte Schulze-Delitzsch, der gleich vielen Fortschrittlern jener Zeit für das Genossenschaftswesen eintrat, im preußischen Landtag die Aufhebung der Koalitionsverbote. Im Jahre 1864 petitionierte der Verein der Buchdrucker und Schriftgießer Berlins an die preußische Regierung um Aufhebung der Koalitionsverbote. Endlich im Jahre 1869 erschien die Gewerbeordnung für das deutsche Reich, die in § 152 die Vereinigung der Arbeiter zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zuließ. Ein nicht minder großes Hindernis für die Entwickelung der Gewerkschaften war der § 8 des Vereinsgesetzes, welcher das Inverbindungtreten von Vereinen gleicher Art verbot. Nun ist auch diese Schranke gefallen, so daß wenigstens gesetzlich kein Hinternis mehr für die Entwickelung der Gewerkschaften besteht. Redner betont aber auch ganz besonders, daß man als guter Gewerkschaftler die politische Aktion durchaus nicht aus dem Auge verlieren dürfe. Wir hätten doch reichliche Erfahrungen gemacht wie es in den Köpfen der Reaktionäre aussieht, als das Zuchthausgesetz mit den hübschen Titel „Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" dem Reichstag vorgelegen hat. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Wippler, Springen und der für den hiesigen Wahlkreis aufgestellte Reichstagskandidat Sachse. Letzterer geißelte besonders die behördlichen Maßnahmen infolge deren auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes die Vereine wiederholt aufgelöst und ganze Organisationen vernichtet wurden. Auch gegen die konfessionellen Vereine wendete sich der Redner. Es sei geradezu unbegreiflich, wie in Berufsvereinen die Arbeiter sich in christliche und nichtchristliche trennen können. — Unter Bezugnahme auf die gegenwärtig hier stattfindende Wahlbewegung ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, ihre ganzen Kräfte für die Wahl des Arbeiterkandidaten Hermann Sachse einzusetzen und schloß, mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung, die Versammlung um 11 Uhr. Schg.

Berlin. Antwort. Die in letzter Nummer des „Graph. Presse" seitens der Verwaltung der Berliner Filiale III (Lithographen) veröffentlichte Erklärung, welche sich mit der bevorstehenden Wahl der Delegierten zum Internation. Kongreß beschäftigt, giebt uns Veranlassung auch unserseits in Bezug auf den im letzten Absatz enthaltenen Protest, gegen die Art der Wahlbeteiligung, einige Worte der Erklärung beizufügen. Abgesehen davon, daß der Protest einer Filialverwaltung unter den gegenwärtigen gesetzlichen Verhältnissen innerhalb des schwarz-weiß-roten Grenzpfähle in diesem Fall als nicht realisierbar erscheint, sowie des ferneren sehr wohl geeignet ist, unter den mit der Vereinsgesetzgebung weniger vertrauten Kollegen eine falsche Auffassung der Sachlage herbeizuführen, ersuchen wir die Allgemeinheit der Kollegen in Betracht zu ziehen, daß die Aufnahme des hier zitierten und beanstandeten Satzes: „Wahlberechtigt ist jeder Kollege, welcher in finanzieller Beziehung zur Deckung der für die Beschickung des Kongresses entstehenden Unkosten beigetragen hat", unserseits lediglich darum erfolgte, um diejenigen Kollegen, welche wohl organisiert sind, zur Zeit aber keinen Beitrag für das Internation. Sekretariat geleistet haben, (es kommen hierbei 30 Druckorte in Betracht) für die Sache zu interessieren und zu einer praktischen Bethätigung internationaler Beziehungen heranzuziehen. Jede auch noch so idyllische Sache hat — ihre materielle Schattenseite, und es wäre, da uns andere Mittel nicht zur Verfügung stehen, jedenfalls verkehrt, von vorherein auf eine allgemeine Beteiligung verzichten zu wollen, zudem eine Verschiebung des Wahlresultats infolge einer etwaigen „Massenbeteiligung" Nichtorganisierter, wie uns die Praxis des Gewerkschaftslebens alltäglich zur Genüge beweist, in keiner Weise zu befürchten ist. Alle weiteren in der angeführten „Erklärung" gemachten Ausführungen überlassen wir, um persönliche Angriffe zu vermeiden, dem Urteil der Kollegen. J. A. der Kommission,

C. Bortsch.

Berlin III (Lithographen). Monatsversammlung vom 12. Juni abgehalten im Dresdener Garten mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Der Arbeiter und das neue bürgerliche Recht. Referent: B. Fränkl. 3. Unsere Dampferpartie nach Potsdam-Neudlitz; 4. Verschiedenes. Unter Punkt 1 der Tagesordnung teilte Kollege Tischendörfer mit, daß mit dem Sammeln für den Einsiedler Streik noch etwas fortgefahren werden müsse. Derselbe habe an 20000 Frcs. gekostet, welche die Einsiedler Kollegen unmöglich allein aufbringen könnten. Zur Lehrlingsstatistik liesen bis jetzt zirka 90 Fragebogen ein, eine Zahl mit der sich immerhin schon ein Resultat erzielen lasse; trotzdem dürfe auf die noch verbleibenden Geschäfte nicht verzichtet werden. Auf Antrag der Verwaltung wurde hierauf beschlossen, in 14 Tagen eine öffentliche Versammlung einzuberufen, für welche Kunstschriftsteller Kollege Hansen als Referent gewonnen wurde. Ferner wurde bekannt gegeben, daß zum Besuch der Kunstausstellung der Berliner Sezession Karten zu 35 Pfg. für Sonntags und zu 60 Pfg. für Wochentags gegen vorherige Bestellung vom Verein ausgeben werden. Punkt 2 der Tagesordnung mußte wegen plötzlichen Unwohlsein des Referenten ausfallen. Für die am 15. Juli stattfindende Dampferpartie kamen die Karten zur Ausgabe und sind solche, soweit der Vorrat reicht, noch bei den Kollegen Dübelt und Tischendörfer zu haben. Unter „Verschiedenes" entspann sich eine ausgedehnte Debatte über den internationalen Kongreß. Kollege Dübelt beleuchtete nochmals die Vorgänge in der öffentlichen Versammlung, in welcher die Delegierten vorgeschlagen wurden. Dadurch, daß jetzt Süddeutschland bezugsweise Nürnberg allein drei Delegierte auf die Liste gesetzt habe, sei es nur recht und billig, wenn Berlin nachträglich noch Kollegen Tischendörfer vorschlage, umsomehr, als derselbe ein älterer und erfahrener Kollege sei, was bei der allenfallsigen Anwesenheit eines Günther auf dem Kongreß sich als sehr vorteilhaft erweisen würde, denn Kollege Schuhmacher aus Leipzig dürfte die Vorgänge aus den letzten Jahren kaum so gründlich kennen wie gerade Kollege Tischendörfer. Weiter betonte Kollege Dübelt, daß die Delegierten auf dem Kongreß den Gedanken vertreten müßten, die Pflege der internationalen Beziehungen und Interessen möglichst schriftlich ohne die kostspieligen Kongresse zu ermöglichen; zum mindesten sei der Zeitraum zwischen den Kongressen auf mehr als zwei Jahre zu bemessen. Das internationale Sekretariat müsse in Zukunft etwas mehr von sich hören lassen. — Eine Anzahl Kollegen sprachen indenselben Sinne. Durch einstimmigen Beschluß wurde hierauf die Verwaltung ermächtigt, einen Protest gegen die Art und Weise, wie die Wahlen zum Kongreß eingeleitet wurden, zugleich eine entsprechende Begründung der nachträglichen Kandidatur Kollegen Tischendörfers, in der „Graph. Presse" zu veröffentlichen. Schluß 11 Uhr.

An die Kollegen Berlins! Kollegen! tief traurig muß es die Kommission, welche die Vergnügungen für Berlin arrangiert, berühren, wenn die Feste von den Kollegen beinahe völlig unbeachtet bleiben. Möge doch jeder Kollege, auch wenn er nicht in der Lage ist, diese Feste zu besuchen, seine Nebenkollegen dazu auffordern, dorthin zu gehen, oder wenigstens ein Pflichtbillet zu nehmen, da doch der Ueberschuß den arbeitslosen Kollegen zu gute kommen soll. M. P.

Düsseldorf. Am 9. Juni tagte im Vereinslokal „Sächsischer Hof" eine Versammlung der Litthographen und Steindrucker mit folgender Tagesordnung: 1. Erledigung der Beiträge; 2. Wahl eines Delegierten zum Gautag nach Iserlohn; 3. Wahl eines Vertrauensmannes der hiesigen Zahlstelle; 4. Der internationale Kongreß in Paris; 5. Verschiedenes. Punkt 3 konnte nicht erledigt werden, er wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Die Geschäfte übernimmt solange der Kassierer, Kollege Zweichel. Zu Punkt 4 ging folgende Resolution ein:

„Die am 9. Juli tagende Versammlung der Mitglieder hiesiger Zahlstelle ist mit den in Vorschlag gebrachten Kollegen Borsch-Berlin, Schuhmacher-Leipzig und Leist-Nürnberg als Delegierte zum internationalen Kongreß einverstanden."

Unter „Verschiedenes" wurde hauptsächlich die Interessenlosigkeit der hiesigen Kollegen zur Sprache gebracht. Trotzdem dieselben zu jeder Versammlung schriftlich und mündlich eingeladen werden, glänzen dieselben durch ihre Abwesenheit. Gerade in dieser Kunststadt lassen die Verhältnisse viel zu wünschen übrig und ist es daher dringend notwendig, daß sich die Kollegen besser zusammenschließen, um energischer für unsere gute Sache einzutreten. Die hiesigen Geschäftsverhältnisse sind auch gerade nicht die besten. Hier ist in einem Geschäft die 9½ stündige englische Arbeitszeit eingeführt, kommt jemand eine Minute zu spät, so wird ihm dafür ¼ Tag in Abzug gebracht. Mittags ist eine halbe Stunde Pause in der man aber im Geschäft eingeschlossen ist und auch nicht hinausschicken kann. Die technische Leitung läßt viel zu wünschen übrig und der Wechsel daher ein sehr großer. Vorherige Erkundigungen bei der hiesigen Verwaltung sind dringend notwendig. Mit einer Mahnung an die Kollegen, die Versammlungen regelmäßiger zu besuchen und die Interessen des Vereins hochzuhalten, schloß der Vertrauensmann um 11 Uhr die Versammlung. A. H.

Kaufbeuren. In der am Samstag, den 9. Juni stattgefundenen Versammlung wurde unter Anderem auch zum Internationalen Kongreß Stellung genommen und betreffs Zulässigkeit der Sonderorganisation der Lithographen folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen, Zahlstelle Kaufbeuren, spricht sich ganz entschieden gegen die Zulassung eines Vertreters der Sonderorganisation auf dem Internationalen Kongreß aus, da die Sonderorganisation nach Ansicht der hiesigen Kollegen hierzu nicht berechtigt ist". G.

Leipzig. Die Lithographen Leipzig's hatten für Sonntag den 17. Juni eine Partie nach dem Thüringer Wald in Aussicht genommen. Die Kollegen von Leitelshain, Gera und Jena waren zu der Partie eingeladen. Von allen drei Städten war Beteiligung zugesagt. Auf dem Bahnhof hatten sich, trotz der bisherigen schlechten Witterung, 31 Personen, einschließlich Damen, eingefunden. Nach zweistündiger Fahrt in Kösteritz angekommen, hatten wir die Freude, von den Kollegen aus Gera empfangen zu werden. Die Leitelshainer waren nicht erschienen. Manches freudige Wiedersehen zwischen Kollegen, welche früher zusammen gearbeitet, oder sich auf dem Lithographenkongreß kennen gelernt hatten, wurde sofort bei einem Glase Bier gefeiert. Doch nicht lange und es ging fort. Welch ein Genuß war es für die Partieteilnehmer, durch den wunderschönen Thüringer Wald zu wandern. Ja wie jauchzte mancher vor Freude auf, als es eine kurze Strecke durch einen Buchenwald ging. Man fand, daß es hier doch schöner und gesünder ist, als am Litthographiepult zu sitzen und zu büffeln. Nach mehrstündigem Marsche hatten wir Kloster Laußnitz erreicht. Mit voller Musik zogen wir ein. Hier erwarteten uns die Kollegen aus Jena. So hatte sich die Zahl der Teilnehmer auf einige 40 Personen erhöht. Für das Lokal wo wir uns befanden, eine eminent hohe Zahl, denn verschiedene Kollegen bekamen nichts zu beißen. Nachdem man sich gestärkt hatte, ging es weiter. Ein schöner Ort gab Gelegenheit, ein Gruppenbild photographisch aufzunehmen. Jetzt eröffnete Petrus seine Schleusen und ließ das nasse Element auf uns niederfallen. Es dauerte jedoch nicht lange und wir hatten wieder gutes Wetter. Endlich waren wir am Bahnhof. Es wurde Abschied genommen von den Kollegen und wir dampften zurück nach Leipzig. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch laut, daß öfter solche Partien arrangiert werden möchten. O. G.

Leipzig. Entgegen den Ausführungen des Kollegen Dübelt in Nr. 23 der „Graph. Presse" und der „Erklärung der Filiale Berlin III in Nr. 25 d. Bl. bin ich veranlaßt worden, soweit sich beide mit der Kandidatur und der Person des Lithographen Schuhmacher befaßten, folgendes zur Klarstellung einzusenden. In der hier am 3. April stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Lith., Stdr. ꝛc. habe ich am Schlusse meines Referates, welches unsere internationalen Bestrebungen behandelte, eine Resolution eingebracht, welche die Entsendung von 3 Delegierten zum internationalen Kongreß und für Mittel-Deutschland als Delegierten Lithographen Schuhmacher, vorschlägt. Es war mir hierbei der Beschluß, den wenige Tage vorher ein stattgefundener Bezirkstag faßte, maßgebend. Dieser letztere sowohl wie obige Versammlung hat es nun gewagt, bei der Aufstellung dieses Kandidaten nicht dessen hervortretende Thätigkeit innerhalb unserer Gewerkschaft oder gar das Alter des Betreffenden als Maßstab anzulegen, sondern nur dessen Qualifikation ihm solches Mandat übertragen zu können und danach beschlossen. Und ich meine, man sollte Kollegen, welche sich zufällig nicht in Berlin befinden, auch Intelligenz und Verständnis zukommen lassen, derartige Funktionen ausführen zu können. Persönlich bedauere ich, daß die Berliner Filiale III mit der Kandidatur des Kollegen Tischendörfer nicht rechtzeitig am Platze war oder sein konnte, denn Kollege Tischendörfer ist mir in gewerkschaftlicher Beziehung in Vielen sympatisch. Daß aber nun trotz der Verspätung diese Kandidatur dennoch aufrecht erhalten werden soll, ist nicht richtig, es wird dadurch nur noch mehr Stimmenzersplitterung herbeigeführt werden. Um in Zukunft einen ähnlichen Wirrwarr bei denselben Angelegenheiten vorzubeugen, halte ich es für ratsam, daß mein Vorschlag, den ich in Nr. 24 der „Graph. Presse" näher präsisierte, nämlich die Einsetzung eines internationalen Komitee's, bei gegebener Zeit mit verwertet werden möge. Er ist, wenigstens nach meiner Ansicht, wirksamer als wenn hier oder dort Resolutionen und immer wieder Resolutionen gefaßt werden.

Arnold.

Leipzig. (Filiale II Lithographen.) Mitglieder-Versammlung vom 26. Mai. Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach Schriftsteller Manfred Wittich über: Gerechter Lohn für gute Arbeit. Eingangs seiner Ausführungen schildert er den Bildungsgang des englischen Gelehrten John Raskin, der sich namentlich in seinen Schriften (aus den 30er und 40er Jahren d. Jahrhunderts) für die schöne Natur begeisterte. Redner entwirft ein Bild der früheren kombinierten, d. h. aus den Skizzen verschiedener Gegenden zusammengestellten, Kunstlandschaften. Turner, ein englischer Maler, stellte die Natur dar, wie sie in Wirklichkeit aussieht. Die höchste Kunst ist erreicht worden, indem man natürliche Menschen und Landschaften gemalt hat. Raskin schrieb nun ein größeres 5bändiges Werk. Modern Painters, in welchem er, bezugnehmend auf die Werke Turner's, die Schönheit der Natur, die Feinheiten aller Dinge der Natur zum Gegenstand spezeill ästhetischer Betrachtungen macht, und kommt zu den Schluß, daß es Gotteslästerung wäre, (Raskin stand auf dem Bibelsglauben), die an sich schöne Natur durch Ver-